

3. Islam und Moscheen in Essen



3. Islam und Moscheen in Essen

3.1 Beurteilung der z.Zt. praktizierten Projekte und Maßnahmen

Alle Moscheen in Essen haben eine „Kommission für Islam und Moscheen in Essen“ gegründet. Sie versteht sich als Ansprechpartnerin für gesellschaftspolitischen Themen islamischen Inhalts auf der Stadtebene. In theologischen Fragen wird sie die Brücke zu den Imamen in Essener Moscheen schlagen. Bei weitergehenden Fragen wird sie den KRM, den Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland mit Sitz in Bonn, bestehend aus:

- DITIB, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion,
- Islamrat für die Muslime in Deutschland,
- VIKZ, Verband der Islamischen Kulturzentren,
- Zentralrat der Muslime in Deutschland konsultieren und um Rat/Unterstützung bitten.

Es ist sehr lobenswert, dass der Islam und die Moscheen in Essen nie Wahlkampfthemen waren. Alle in Essen vertretenen Parteien haben sich daran gehalten.

Bei allen weltweiten islamfeindlichen Strömungen, haben sich die Essener Bürgerinnen und Bürger stets klar zu Gunsten der muslimischen Bürgerinnen und Bürger positioniert. So konnten bei negativen Erscheinungen in Deutschland, in und um Essen spontane Initiativen und Aktivitäten eingeleitet werden, um die Besonnenheit in der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Moscheen/ Islamischen Gemeinden und Einrichtungen/ Institutionen/ Verbände mit Mitarbeiterinnen/ Mitarbeitern muslimischer Herkunft, sind in der Lage, auf die Geschehnisse in der Gesellschaft und in der Öffentlichkeit inhaltlich schnellstens zu reagieren. Dieses Netzwerk hat sich in vielen Situationen sehr bewährt; s. Essener Erklärung der Muslime vom 11. September 2005, welche eine bundesweite Anerkennung gefunden hat.

Es ist sehr erfreulich, dass in Essen in vielen Krankenhäusern Gebetsräume ausgewiesen sind. Solche Schritte helfen, das Verständnis füreinander im Krankenhaus zu fördern und den Heilungsprozess bei den Gläubigen zu beschleunigen.

Der Dialog zwischen den Moscheen auf der einen und den Kirchen, kommunalen Organisationen, Institutionen und Einrichtungen auf der anderen Seite, läuft auf

der Stattelebene gut.

Im Dialog mit den Kindergärten und Schulen sind die Ansätze vorhanden.

Die Moscheen bieten jährlich mehrere Angebote von Gesprächsrunden, Kennenlern-Aktionen, wie „Tag der offenen Tür- in der Regel am Tag der Deutschen Einheit - jeweils am 03.10. des Jahres“, Wohltätigkeitsbasare, Fastenbrechen im Ramadan zum Sonnenuntergang und Besuchstage für interessierte Bürgerinnen und Bürger, Kindergärten- und Schulgruppen, an.

Die Moscheen sind täglich offen, in der Regel von Sonnenaufgang bis ca. 2 Stunden nach dem Sonnenuntergang. Im Ramadan werden Zelte in verschiedenen Standorten errichtet, zum Zwecke des öffentlichen Fastenbrechens.

Für jede Bürgerin und für jeden Bürger besteht die Möglichkeit, die Moschee in seinem Stadtteil oder eine Andere zu besuchen und alle Fragen, die sie/ihn in Bezug auf Islam bewegen, beantwortet zu bekommen. Wir haben mittlerweile in allen Moscheen in Essen Imame (Vorbeter), die Theologie und Pädagogik studiert haben oder auf eine inhaltlich gut fundierte praktische Islam-Kennntnis/-Erfahrung zurückblicken können.

In den Moscheen findet von der Stadt Essen geförderte Sprachförderung in der Deutschen Sprache, in der Regel für die Grundschulkinder, statt. In diesen Förderstunden erhalten die Kinder von den Studentinnen und Studenten der Universität Duisburg-Essen auch Hausaufgabenbetreuung, wo sie die Methodik des Umganges mit der Hausaufgabe vermittelt bekommen. In den Moscheen erhalten auch die jungen Mütter Deutschunterricht. Diese Maßnahmen helfen bei den Eltern in der Moscheegemeinde, das Bewusstsein über die unbedingte Notwendigkeit der Deutschen Sprache zu festigen und zu steigern.

Die Sozialarbeit in den Moscheen, wie Seniorenarbeit, Frauen- und Jugendarbeit wird von den kommunalen Einrichtungen im Stadtteil unterstützt.

In der letzten Zeit stellen wir fest, dass bei den Seniorenheimen auch die Bedürfnisse der Muslime Beachtung finden; diese Entwicklung ist sehr begrüßenswert und erzeugt Vertrauen.

3. Islam und Moscheen in Essen

3.2 Die noch zu realisierenden, fehlenden oder zu ergänzenden Maßnahmen

Der Dialog zwischen den Kindergärten/Schulen und den Moscheen muss verstärkt werden. In den Kindergärten/Schulen in denen muslimische Kinder zahlreich angemeldet sind, müssen im Unterricht mehr islamische Inhalte zum Unterrichtsstoff gehören.

Der islamische Religionsunterricht muss eingeführt werden. Auch die bis zu seiner Einführung erprobte Islamkunde muss bestimmten Kriterien entsprechen, wie der Unterrichtsstoff für den Islamunterricht und die Berufung der Lehrerinnen und Lehrer für die Islamkunde. Für den Unterricht können Materialien vom KRM (Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland) eingefordert werden. Die muslimischen Dachverbände in Deutschland sind, nach ihrer theologischen/pädagogischen Aufbereitungsarbeit eines Curriculums für den Islamunterricht, heute in der Lage, gemeinsam über den KRM hierzu enorme Hilfestellung zu leisten.

Bei der Berufung von Lehrerinnen und Lehrern für die Islamkunde in Essen, sollte die „Kommission Islam und Moscheen in Essen“ mit hinzugezogen werden, weil sie auf die Erfüllung des islamischen Inhaltes bei den Auswahlkriterien achten und die Vertrauensbasis der Elternschaft zu diesen Lehrkräften herstellen kann. Wir sollten hier nicht den Fehler machen, ohne das Vertrauen der Eltern die Lehrkräfte für Islamkunde zu berufen, die später „wahrscheinlich“ zum Islamunterricht übergeführt werden, weil sie dann einfach da sind; ohne zu prüfen, ob sie dann die evtl. zwischen dem KRM und der Landesregierung vereinbarten Kriterien erfüllen oder nicht. Es sollten heute die Schritte vermieden werden, die morgen die Eltern und die Schüler/Schülerinnen vor vollendeten Tatsachen stellen. Dieser Sachverhalt kann zu erheblichem Vertrauensverlust zu den Schulen führen.

Auch die Lehrerschaft muss mehr sensibilisiert und aufgeklärt werden, um in bestimmten Situationen nicht alles mit dem Islam zu vermischen. Deshalb muss die Lehrerschaft in Essen noch mehr Wissen über den Islam erhalten und im Umgang mit muslimischen Kindern/Jugendlichen sensibilisiert werden. Wenn die Kinder merken, dass ihre Lehrerinnen/Lehrer Vorbehalte gegen sie haben, ist der Leistungsabfall bei ihnen bereits vorprogrammiert. Es

führt sogar dazu, dass sie evtl. aggressiv werden, was auf beiden Seiten nur „Kopfschütteln“ hervorrufen kann, weil keiner so richtig erklären kann, wie dieses Missverständnis entstehen konnte. Es sind leider nicht selten die Blicke und die Gesten! Wir müssen dafür sorgen, dass die Werte auch der muslimischen Kinder/Jugendliche zu schätzen sind. Diese Kinder werden sie nicht ablegen. Redet man sie dennoch stets schlecht, erhält man automatisch Kontrahaltung, die zur „Parallelgesellschaft“ aber im schlimmsten Fall zur Entgleisung des Jugendlichen führen kann.

Also: Anerkennung, Respekt und Achtung wären mit Sicherheit die Rettung!

Wir begrüßen die Form der Ganztagschule, die nun in die Kindergärten und sogar in die Betreuung „Tagesbetreuung“ der bis 3-jährigen eingedrungen ist. Die Vorteile dieser Art der Betreuung liegen auf der Hand. Sie helfen den Kindern im Frühstadium die Deutsche Sprache zu erlernen und das Sozialverhalten zu steigern. Es wird jedoch angenommen, dass die Kinder dann ca. von 07:00 Uhr morgens bis ca. 18:00 Uhr am späten Nachmittag außer Haus sein werden. Insofern ist auch anzunehmen, dass diese Kinder in den mehrheitlich christlich geprägten Schulen (auch in den staatlichen Schulen) und im Wesentlichen diese Art der Erziehung ausgerichteten Schulsystem, christliche Werte in den Nachmittagsstunden, -projekten, -maßnahmen vermehrt vermittelt bekommen. Es ist davon auszugehen, dass die Schultage in absehbarer Zeit auf Samstage ausgedehnt werden. Wenn noch die pädagogisch begründete Tatsache hinzu kommt, dass die Kinder mindestens einen Tag in der Woche allein für sich brauchen, stellt sich die Frage, wann die nichtchristlichen Kinder ihre religiöse und kulturelle, sowie muttersprachliche Werte vermittelt bekommen sollen. Deshalb fordern wir die Berücksichtigung dieses Anliegen. Die Schulen/Kindergärten auf der einen und die Eltern/Vereine auf der anderen Seite müssen Projekte und Maßnahmen, die dieses Ziel zum Inhalt haben, im Schulsystem verankern (im Unterricht und in den Nachmittagsstunden).

Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Religionsfreiheit gesichert und der Wille der Eltern, ihre Kinder religiös erziehen zu wollen, staatlich zu fördern ist. Wir sind als Gläubige sehr froh darüber. Wir haben kein Problem damit, sondern, im Gegenteil, wir freuen uns darüber, dass unsere Kinder, auch Plätze in den konfessionellen Kindergärten erhalten oder in die katholische/evangelische Schule aufgenommen werden.

3. Islam und Moscheen in Essen

So wird das Bewusstsein zu einer Religion geprägt und gefördert.

Da der Elternwille auch in der religiösen Erziehung in dieser Gesellschaft großes Gewicht hat und gerade die Mädchen aus moralischen/biologischen/religiösen Gründen den Wunsch haben, getrennt von Jungen, auf eine Mädchenschule zu gehen, machen viele Deutsche Eltern davon Gebrauch.

Das ist im Sinne des Grundgesetzes und ist damit gut für die Demokratie.

Es gibt unter den muslimischen Mädchen, die vielleicht aus denselben Gründen, oder eher tiefer religiös, den Wunsch haben, auch davon Gebrauch zu machen. Leider ist hier eine Schule, entsprechend ihren Bedürfnissen, nicht vorhanden und die Mädchenschulen in Essen sehen eine Begrenzung in der Schülerzahl von Migrantenkindern vor (Niveau eines Gymnasiums oder Quotierung!). In diesen Schulen haben die Deutschen Mädchen die Möglichkeit, Unterricht, Klassenfahrten, Sport, Schwimmen... nur mit ihren Gleichgeschlechtlichen durchzuführen. Deshalb muss entweder die Problematik der muslimischen Mädchen ernstgenommen und ihnen vermehrt Zugang zu Mädchenschulen gewährt werden oder - wie der Integrationsbeauftragte des Landes NRW kürzlich angeregt hat - sollten sich normale Schulen diesbezüglich öffnen und zu Gunsten der Betroffenen handeln. Andernfalls könnten Muslime bald Ansprüche auf eigene Mädchenschulen stellen, sofern dies von Betroffenen in der entsprechenden Anzahl gefordert wird.

Also: Wir müssen nach dem Grundsatz handeln: Recht für alle.

Es darf nicht so weiter gehen, dass vieles bei einigen als verständlich gesehen wird und die etwa in die gleiche Richtung gehenden Wünsche, wenn auch in anderer Erscheinungsform, von anderen, verteufelt werden!

Das Grundgesetz ist für alle da.

Die Besucherzahl zu den öffentlichen Angeboten der Moscheen muss erhöht werden. Es müssen im Umfeld von Moscheen/Gebethäusern die Nachbarn befragt werden, wie sie sich einen möglichen Dialog, kennenlernen und mögliche Zusammenarbeit vorstellen könnten. Es müssen auf der Grundlage dieser Erhebung Maßnahmen eingeleitet werden, die dies vor Ort, unmittelbar in der Nachbarschaft, ermöglichen.

Bei allen Projekten, die in Essen laufen und Islam zum Inhalt haben, muss gewährleistet sein, dass die Essener Muslime daran teilhaben, mitwirken und den Inhalt mit füllen.

Alle Angebote der Stadt müssen die Muslime mit einschließen, angefangen mit sportlichen Möglichkeiten bis hin zur Genehmigung von Moscheen/ Gebetsräumen, zwecks Ausübung von Gebeten. Die Anfragen zum Moscheebau/ zur Nutzungsänderung von Muslimen müssen wohlwollend und nach denselben Kriterien wie für christliche Gebetshäuser bewertet werden.

Die Stadt muss auch daran interessiert sein, dass die Umgebung von Moscheen auch kinderfreundlich ausgestattet wird - Bewegung fördert Gesundheit und Schulerfolg - hierzu wären materielle Hilfen notwendig.

Islam als Gesamtbild und die Aktivitäten der Moscheen müssen mehr und mehr in die Öffentlichkeit getragen werden. In diesem Zusammenhang müssen Projekte/ Maßnahmen und positive Erfahrungen aus der Umgebung der Moscheen und der Muslime publikumswirksam behandelt werden.

Auf der Stadtebene muss ein regelmäßiges Treffen (vierteljährlich) mit muslimischen, katholischen, evangelischen und jüdischen Vertretungen stattfinden.

Wir müssen in der Lage sein, spontane Protestaktionen mit Kirchen und anderen Verbänden durchzuführen, wenn tiefverletzende Strömungen gegen Islam, Muslime und andere Religionen in Erscheinung treten sollten.

- Solidaritätspakt der Juden, Christen, Muslime in Essen -
In diesem Netzwerk können Maßnahmen, Projekte, Aktionen etc., die über einen Stadtteil hinausgehen, angeregt, besprochen gemeinsam umgesetzt oder zur Umsetzung empfohlen werden.

Viele der ersten und zweiten Generation der Türken haben im Bergbau und in der Stahlindustrie unter schwersten Bedingungen gearbeitet. Sie tragen heute schwere gesundheitliche und psychische Folgen aus dieser Belastung und fühlen sich nun mit ihren gesundheitlichen Problemen im Stich gelassen. Nicht selten verschreiben ihnen die Ärzte das Schwimmen, den Saunagang und das Fitness-training. Sie gehen allein deswegen schon nicht hin, dass sie annehmen, dass man

sie dort nicht haben will! Zudem kommt noch hinzu, dass eine Rücksichtnahme seitens der Betreiber von Schwimmhallen auf religiöse und kulturelle Belange dieser Menschen nicht erfolgt. Auf der einen Seite ist hoher Bedarf an solchen Einrichtungen vorhanden auf der anderen Seite schließt sie die Stadt. Es ist ein großer Bedarf vorhanden, der zu decken ist, wenn man das weitere Steigen der Gesundheitskosten nicht in Kauf nehmen will, weil diese Menschen sonst noch früher erkrankt sind oder gar nicht geheilt werden, wenn sie aus dem Pool der Sportangebote der Stadt weiter fern gehalten werden. Es ist mittlerweile festzustellen, dass dies kein Altersproblem mehr ist, sondern die Jugendlichen sich auch auf dieser Linie befinden.

Also: Öffnung der städtischen Sportstätten auch den Migrantinnen und Migranten unter Beachtung ihrer religiösen, kulturellen und sozialen Identität wäre dringendst zu realisieren, bevor die Sportstätten/ Schwimmhallen geschlossen sind.

3.3 Umsetzungsziele, Anregungen, Nachhaltigkeit und Selbstverpflichtung

Die Kirchen/Institutionen/Verbände/Politik/Verwaltung... sagen, sie hätten keinen Ansprechpartner, der von der Mehrheit der Muslime akzeptiert werde, man könne nicht mehr warten und müsse deshalb die Sache selbst in die Hand nehmen und einen Kreis als Ansprechpartner zur Vertretung in islamisch-gesellschaftsrelevanten Themen benennen. Wir sagen, genau dies wäre ein folgenschwerer Fehler, der bei der muslimischen Bevölkerung einen hohen Widerstand gegen die Zusammenarbeit in den integrativen Maßnahmen hervorrufen könnte.

Deshalb haben alle Moscheen/Islamischen Gemeinden in Essen im März 2008 eine Kommission gegründet, die aus ihrer Mitte fünf Vertreter/Vertreterinnen benannt hat, die sich anbieten, in den z.Zt. bereits eingeleiteten Maßnahmen/Projekten mitzuarbeiten.

Die Kommission wird nach notwendigen Schwerpunkten in der Integrationsarbeit selber Arbeitskreise bilden, die aus der muslimischen Community heraus integrative Schritte auf den Weg bringen und andere Maßnahmen und Projekte konstruktiv begleiten werden.

Die Kommission wird ihre Arbeit fortsetzen, um in Vertretung der Gesamtheit der

in Essen lebenden Muslime der Gesellschaft für die Zusammenarbeit zur Verfügung zu stehen. Die Kommission für Islam und Moscheen in Essen wird intern Standards erarbeiten, mit denen sie nach innen und nach außen schnell, effektiv und effizient agieren kann.

Sie wird massiv die lokale Presse beanspruchen, um an den Einzelnen in der Gesellschaft zu gelangen, mit dem Ziel, Feindbilder, Missverständnisse, Vorurteile zu bekämpfen und den Dialog, das Verständnis und den Frieden zu sichern und zu fördern. Hierfür werden das Grundgesetz, die demokratische Grundordnung und die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden ausnahmslos weiter verankert. Dieses Fundament wird sichtbar und erkennbar gemacht für die gesamte Bevölkerung in Essen.

Die Zusammenarbeit mit Muslimen und ihre strukturelle Akzeptanz in Essen setzen wir voraus, dies schließt auch die Wahrnehmung, Beteiligung, Unterstützung und Förderung der von ihnen ins Leben gerufenen Kommission als Bekundung zu gemeinsamem Erscheinungsbild und Ansprechpartner ein.

Die Muslime werden islamische Inhalte auch über Medien publizieren, damit das Islamverständnis in der Bevölkerung nicht über die anderen beeinflusst wird, die weder Islam praktizieren und noch islamische Grundwerte schätzen. So eine nicht fundierte Handhabung des Islams muss doch automatisch zur Schiefelage führen; die abzustellen wird eine unserer nächsten Aufgaben sein.

Im Bewusstsein der Existenz eines Ansprechpartnerkreises werden sich viele Probleme auf ein Minimum reduzieren lassen.

Die Moscheen und der Türkische Religionsattache werden die Kommission mit ihrem Wissen bereichern und in allen Projekten/Aktivitäten unterstützen; wir sind uns der Unterstützung seitens unserer Stadt sicher.

Wir werden Mittel und Möglichkeiten finden, uns bei gesellschaftsrelevanten Themen, die der Islam grundsätzlich ablehnt, die aber leider, verknüpft mit der Hoffnung einer evtl. Strafminderung/-freiheit vor dem Gesetz mit Islam in Bezug gebracht werden, ganz klar zu positionieren, wie z.B. Ehrenmord, Mädchenbeschneidung, Zwangsheirat, Gewalt in der Familie (nicht nur in muslimischen Familien, dennoch muss die Abgrenzung bei den Muslimen ganz klar zum Aus-

3. Islam und Moscheen in Essen

druck kommen, weil viele in der Bevölkerung glauben, bei diesem Problem den Islam als Alibi missbrauchen zu können!), Gewalt auf den Schulhöfen (nach genauerer Untersuchung), etc.

Wir werden uns bemühen, die Predigten in den Moscheen nach außen öffentlich zu machen. Es wird angestrebt, zu besonderen Anlässen, die Freitagspredigt an die Redaktionen der lokalen Presse zu senden, damit die Bürgerinnen/Bürger in Essen erfahren können, was jeweils am kommenden Freitag in der Moschee in der unmittelbaren Nachbarschaft gepredigt wird (evtl. alle 3 Monate).

Es wird auch angestrebt, zumindest zu Weihnachten/Ostern und Ramadan-/Opferfest einen gemeinsamen Text für die Predigt zu formulieren, der jeweils zum Fest des anderen gepredigt wird, damit beide voneinander wissen, dass der andere es auch gehört oder mitbekommen hat!

Die Kommission für Islam und Moscheen in Essen wird gemeinsam mit unserer Stadt auf allen Gebieten und Ebenen an vertrauensbildenden Maßnahmen arbeiten. Ein Beispiel: Das Vertrauen in den Schulen. Schule/Lehrerschaft auf der einen und Eltern/Kinder auf der anderen Seite, müssen über die islamischen Inhalte so informiert werden, dass entstehende Konflikte von islamfremden Personen nicht so ausgelegt werden, als sei hier Religion im Spiel. So können viele Dinge, die andere Gründe haben, nicht schnell tabuisiert werden und eskalieren.

Ein Lehren und Lernen an unseren Schulen muss wieder möglich sein und Spaß machen.

Klassenfahrten sind keine Tabus, wenn ein gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist. Essen in der Schulkantine/Mensa ist kein Problem, wenn auf der Menükarte diejenigen Speisen ohne Schweinefleisch und Alkohol ausgewiesen sind.

Im Sport- und Schwimmunterricht wären Gespräche nötig, um hier eine zwangsläufig gewünschte Möglichkeit einzuführen.

Überall in der Gesellschaft sind ernsthafte, aufklärende und vertrauensbildende Gespräche, Informationen, Sensibilisierungen und Maßnahmen/Projekte nötig. Die Kommission für Islam und Moscheen wird hierbei eine Brücke sein, mit ihren

Mitgliedern selbst Ideen entwickeln und bei anderen Aktivitäten mitwirken.

Arbeitsgruppe "Islam und Moscheen":

In Vertretung auch anderer Moscheen/Gemeinden in Essen

DITIB Fatih Moschee Essen-Katernberg

DITIB Türkisch - Islamische - Union e.V. in Essen-Altendorf

DITIB Türkisch-Islamische Gemeinde zu Essen - Altenessen e.V.

DITIB Türkisch-Islamische Gemeinde zu Essen - Steele e.V.

Integration und Bildungszentrum e.V. (VIKZ), Essen-Altendorf

Islamische Elterninitiative e.V.

Islamischer Bund e.V.

Islamischer Studentenbund Essen e.V.

Islamischer Verein der in Essen lebenden afghanischen Mitbürger e.V.

Islamisches Gemeindezentrum Meybuschhof e.V.

Kulturzentrum Dzemat Essen e.V.

Marokkanischer Verein el-Moahidin

Salaheddin Moschee Essen Katernberg

Türkischer Kulturverein e.V.

Ansprechpartner:

Herr Muhammet Balaban, s. Gesamtverantwortung

c/o Essener Verbund der Immigrantenvereine e.V.

Westfalenstr. 202-204

45276 Essen